

Antrag Nr. 24-F-63-0001

Grüne, SPD, Linke, Volt

Betreff:

Für mehr demokratische Beteiligung für Kinder in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 17.01.2024 -

Antragstext:

Im Rahmen der Umsetzung des Kinderrechts auf Beteiligung legen Kitas, Tagespflegestellen und auch alle in Wiesbaden aktiven Betreuungsangebote an Grundschulen bereits jetzt schon fest, in welchen Formen Kinder die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Das können Kinderkonferenzen sein, gewählte Kinderräte oder -parlamente, Gruppenbesprechungen oder auch Morgen- oder Stuhlkreise, in denen Kinder über Entscheidungen informiert und an ihnen beteiligt bzw. angehört werden. Mitsprechen, mitmachen, mitbestimmen bedeutet nicht, Kindern das Kommando zu geben. Es heißt, Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu teilen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden. Kinder sind dabei nicht grundsätzlich kreativer, demokratischer oder offener als Erwachsene, sie sind nur anders und bringen aus diesem Grunde andere, neue Aspekte und Perspektiven in die Entscheidungsprozesse hinein.

Das diesjährige Kinder- und Jugendfest auf dem ehemaligen Kasernengelände Kastel Housing war ein großer Erfolg. Es entstand die Idee, ein Kinderparlament mit beratender Funktion für AKK zu implementieren. Eine Interessenvertretung der Acht- bis 14-Jährigen, ähnlich aufgebaut wie das Wiesbadener Jugendparlament, aber mit einfacheren Strukturen und stadtteilbezogen. Ein mit Dritt- und Viertklässlern besetzter Zukunftsausschuss könnte der Wahl eines Kinderparlaments den Weg ebnen. Anfangen wolle er damit in Amöneburg, Kastel und Kostheim.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Dem Ausschuss zu berichten, welche weiteren Konzepte und Ideen für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung im Zukunftsausschuss neben dem Kinderparlament entstanden sind.
2. Zu berichten, welche Schritte für die Fortentwicklung hin zu einer fest etablierten Beteiligung für Kinder (z.B. "Kinderparlament", "Kinderrat") nötig wären. Insbesondere sind Finanzierung, Möglichkeiten zum Erhalt von Fördermitteln, Konzeption und Umsetzung zu definieren.
3. Zu berichten, wo Kinderparlamente/-räte erfolgreich etabliert wurden und welche Erfahrungen damit gemacht wurden.
4. Zu berichten, wie der Wiesbadener Stadelternbeirat und der Elternbeirat der Kindertagesstätten den Bedarf an Kinderparlamenten/-räten einschätzen.

Antrag Nr. 24-F-63-0001
Grüne, SPD, Linke, Volt

Wiesbaden, 17.01.2024

Karl Braun
Fachsprecher, B90/Grüne

Linda Marschall
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Nadine Ruf
Fachsprecherin, SPD

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin, SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender, Die Linke

Jasper Klos
Fraktionsreferent, Die Linke

Janine Maria Vinha
Fraktionsvorsitzende, Volt

Simone Winkelmann
Fraktionsreferentin, Volt